

Der gesellschaftliche Innovationsdiskurs und die Rolle von Universitäten

Eine Analyse gegenwärtiger Mythen¹

Georg Krücken
Frank Meier
Bielefeld

Mehr und mehr avanciert „Innovation“ zum zentralen Schlüsselthema gesellschaftlicher Diskurse. Jüngstes Beispiel ist die Ankündigung von Bundeskanzler Schröder, Innovation zum alles überragenden Politik-Thema der nächsten Jahre zu machen. Rasch wurde die „Partnerschaft für Innovation“ ins Leben gerufen und die Gründung eines „Innovationsbüros Deutschland“ in die Wege geleitet. Im Rahmen dieser „Innovationsinitiative“ wurde zudem beschlossen, eine kleine Auswahl von Universitäten gezielt zu fördern, um so Elite-Universitäten nach amerikanischen Vorbild zu kreieren. Diese sollen als "Leuchttürme der Wissenschaft" auch im internationalen Vergleich eine führende Position einnehmen.²

¹ Die Aufarbeitung des bis in die 1970er Jahren zurückreichenden Innovationsdiskurses wurde im Rahmen des DFG-Projektes „Abschied vom Elfenbeinturm? Eine organisations- und wissenschaftssoziologische Untersuchung zum universitären Wissens- und Technologietransfer in Deutschland und den USA“ geleistet, das gegenwärtig am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung (IWT) der Universität Bielefeld durchgeführt wird. Weitere Informationen unter: http://www.whomes.uni-bielefeld.de/kruecken/projekt_elfenbeinturm/Abschied_Elfenturm.html

² Der geplante Wettbewerb firmiert bekanntlich unter dem Namen "Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten". Beide Namensbestandteile haben dem BMBF einigen Spott eingebracht.

Die enge Kopplung von Innovationsdiskurs und Hochschulpolitik macht durchaus Sinn, stehen Universitäten doch im Schnittfeld von Prozessen organisatorischer und technologischer Innovation.

In organisatorischer Hinsicht wird von Universitäten gegenwärtig vor allem die Abkehr von den hergebrachten Mechanismen der Selbststeuerung verlangt. Sowohl die ältere Idee von autonom in ihrem Gebiet herrschenden Professoren, als auch die in den 1970er Jahren unter Demokratisierungsvorzeichen entstandene Gremienherrschaft in der so genannten "Gruppenuniversität" gelten als passé. Trotz aller Differenzen ist die Universität in beiden Modellen nur ein sehr schwacher Akteur, und Beschreibungen von Seiten der Organisationsforschung, die Bildungsorganisationen generell als „lose gekoppelte Systeme“ (Weick 1976) und Universitäten gar als „organisierte Anarchien“ (Cohen/March 1974) charakterisieren, treffen diesen Sachverhalt sehr gut. Im Gegensatz hierzu sollen Universitäten nun handlungsstarke Einrichtungen werden. Häufig wird in diesem Zusammenhang die Übernahme von Strukturformen gefordert, wie sie in Wirtschaftsunternehmen anzutreffen sind, sei es über die Etablierung von Hochschulräten, also einer neuen externen Steuerungsinstanz, sei es über die Straffung des internen Organisationsablaufes durch starke Leitungsebenen. Der Aufbau und die Durchsetzung derartiger Strukturen bedeuten ein erhebliches Maß an organisatorischer Innovation.

Doch Universitäten stehen nicht nur wie Schulen, öffentliche Verwaltungen und andere Organisationen unter dem Druck, ihre tradierten organisatorischen Strukturen zur Disposition zu stellen. Sie sind auch im Hinblick auf die Erzeugung technologischer Innovationen von stetig steigendem Interesse. Bereits im so genannten linearen Innovationsmodell, das von einer geradlinigen Abfolge zwischen einzelnen klar unterscheidbaren Phasen (Grundlagenforschung – angewandte Forschung – Entwicklung – Prototypen – marktfähige Produkte und Verfahren) ausging, bildeten Universitäten den Dreh- und Angelpunkt technologischer Innovationsprozesse. In ihnen, so die Annahme, wird die für Innovationen maßgebliche Basis geschaffen, da nur Universitäten zugleich den Aufgaben der langfristigen Forschung und der Ausbildung wissenschaftlich-technischen Personals nachkommen können. Seitdem das lineare Modell mit der Entdeckung von Gleichzeitigkeiten und Rückkopplungen zwischen den unterschiedlichen Prozessphasen immer mehr an Überzeugungskraft verloren hat, wird von Universitäten zudem erwartet, selbst

technologische Innovationen hervorzubringen und diese möglichst effektiv zu vermarkten. Dies kommt in politischen Programmen und strategischen Konzepten zur Re-Positionierung der Hochschulen ebenso zum Ausdruck wie in der Vielzahl neu geschaffener universitärer Transferstellen, An-Institute, Gründer-, Technologie- und Innovationszentren. Die mittlerweile weit verzweigte Literatur zum „akademischen Kapitalismus“ (Slaughter/Leslie 1997; Slaughter/Rhoades 2004) reflektiert diesen Trend.

Im Folgenden möchten wir zeigen, dass der gegenwärtige Innovationsdiskurs in starkem Maße durch Mythen geprägt wird. Dabei soll der Mythenbegriff gar nicht polemisch gemeint sein oder der Diffamierung des Innovationsdiskurses dienen. Vielmehr soll hier an ein Verständnis von Mythen angeschlossen werden, wie es in der Kulturanthropologie ursprünglich zur Bezeichnung von unreflektierten Deutungssystemen in sogenannten "primitiven" Kulturen verwendet wurde. Mythen sind demnach nicht-hinterfragbare Kausalerklärungen, die häufig auf affektiv besetzte Themen bezogen sind. Sie erfüllen eine wichtige Funktion, indem sie Sicherheit in unübersichtlichen und affektiv aufgeladenen Situationen geben.³ Ganz in diesem Sinne vermuten wir, dass das Thema "Innovation" überaus anfällig für Mythenbildung ist, da wir es hier mit dem Zusammentreffen von hoher Wünschbarkeit einerseits und hoher Komplexität andererseits zu tun haben. Auf drei grundlegende Mythen zum Thema „Innovation“ möchten wir dabei etwas genauer eingehen.

1. Innovation und Gesellschaftsplanung

Der gegenwärtige Innovationsdiskurs findet vor dem Hintergrund einer als bedrohlich wahrgenommenen makro-ökonomischen Entwicklung statt, die unter dem Stichwort Globalisierung als generalisierte Gefährdung von Wohlstand und sozialer Sicherheit erscheint. Zunehmende weltweite Konkurrenz und turbulente, unübersichtliche Umwelten werden als Herausforderungen für einzelne Unternehmen – neuerdings auch Universitäten – und ganze "Volkswirtschaften" gesehen. Die Globalisierung

³ Das Themenfeld „Innovation“ eignet sich nur auf den ersten Blick wenig für affektbezogene und emotionalisierte Diskurse. Es gibt jedoch eine Vielzahl von Äußerungen, die auf das Gegenteil hindeuten – nicht nur in Deutschland. So fand im Frühjahr 2004 ein Wettbewerb an der mitten im Silicon Valley gelegenen Stanford University, USA, statt, der ganz unironisch unter dem Titel „Do you love innovation?“ stand.

erscheint in diesem Zusammenhang als eine gleichermaßen diffuse wie entfesselte Kraft, die zwar einerseits dem Flexiblen Chancen bietet, andererseits aber denen, die in überkommenen Denkschemata verharren, Böses verheißt: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Innovation wird im Angesicht der Globalisierung zum Schlüsselthema, nicht nur weil bestimmte technische oder organisatorische Innovationen Wettbewerbsvorteile versprechen, sondern auch, weil der Gebrauch der Innovationssemantik ganz allgemein die Bereitschaft zu Flexibilität und Lernen symbolisiert und damit markiert, wer die Zeichen der Zeit erkannt hat.

Im politischen Kontext steht der Innovationsbegriff für die Überzeugung, man könne die unsichere Zukunft durch ein geordnetes Zusammenwirken von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft planvoll gestalten. "Deutschland. Das von morgen." (BMBF 2004a) steht daher auf der Agenda des Bundesforschungsministeriums, das "der Zukunft Gestalt geben" (BMBF 2002) und "[h]eute schon das Morgen denken" (BMBF 2004b) will. Denn: "Wir investieren heute in unsere Zukunft, entscheiden heute über unser Leben von morgen" (BMBF 2004a: 4). Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit legte das BMBF sogar einen "High-Tech Masterplan"(!) für "Innovationen und Zukunftstechnologien im Mittelstand" vor (BWA/BMBF 2004).

Insgesamt ist bemerkenswert, welcher Glaube an Planung sich in Zeiten offenbart, in denen vermeintlich der Neo-Liberalismus regiert. Trotz aller Deregulierungs- und Autonomierhetorik lässt sich entsprechendes auch leicht am Beispiel der Hochschulreformdebatte beobachten. So erscheint es z.B. einer hochkarätig besetzten Reformkommission machbar, qua planmäßiger Ausrichtung der universitären Lehrangebote die künftigen Absolventenbedarfe der regionalen Wirtschaft zu decken (siehe Kommission zur Strukturreform der Hamburger Hochschulen 2003). Der Bundesregierung erscheint es – wie bereits erwähnt – machbar, Spitzenuniversitäten durch politische Programme zu erzeugen.

Der aktuelle Diskurs weist damit trotz der neuen Rahmung durch die Globalisierungsthematik eine frappierende Ähnlichkeit mit dem Innovationsdiskurs der siebziger Jahre auf. Auch damals wurden makroökonomische "Verwerfungen" diagnostiziert – seinerzeit als "Strukturwandel" apostrophiert – die die "Modernisierung der Volkswirtschaft" (Hauff/Scharpf 1975) angezeigt sein ließen und in allen gesellschaftlichen Bereichen aktive Neuerungstätigkeit (sprich: Innovation) zwingend machte. Der in der heutigen Diskussion herausgestellte enge Zusammen-

hang von organisatorischen und technologischen Innovationen findet sich bereits hier – etwa in der Forderung nach "Vermittlungs-Institutionen" (Hauff/Scharpf 1975: 65). Und ebenso wie heute galt Innovation nicht lediglich als eine notwendige Anpassungsreaktion auf die externen Kräfte des Strukturwandels; vielmehr sollte der wirtschaftliche und soziale Wandel qua Innovation aktiv gestaltet und vorangetrieben werden (Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 1977), wobei damals wie heute das vertrauensvolle Zusammenwirken von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft – am Besten in einem "Konsensus der Vernunft" (Hauff/Scharpf 1975: 66) – betont wurde.

Die Planbarkeitsannahmen der siebziger Jahre wie auch die des aktuellen Innovationsdiskurses mögen inhaltlich unzutreffend sein. Sie erfüllen nichts desto weniger eine wichtige Funktion. Angesichts unübersichtlicher Entwicklungen und unklarer Handlungsfolgen erzeugt gerade der Mythos "Planbarkeit" Handlungsfähigkeit, indem er die Riskanz des wirtschaftlichen und politischen Handelns verdeckt.

Wie aber wird gehandelt? Die gesellschaftliche Gestaltung mit Hilfe der Forcierung von Innovationsprozessen orientierte sich oftmals an den Beispielen anderer Staaten und ihren vermeintlich überlegenen nationalen Innovationssystemen. Damit gelangen wir zum zweiten großen Mythos des Innovationsdiskurses: der eindeutigen Einschätz- und Bewertbarkeit nationaler Innovationssysteme.

2. Innovation und der Glaube an nationale Modelle

Der systematische Vergleich nationaler Innovationssysteme setzte in den 1980er Jahren ein. Ausgangspunkt dieses Vergleichs ist die Unzufriedenheit mit der engen Fokussierung auf Unternehmen, die in der ökonomischen Innovationsforschung als zentraler Ort der Innovation gelten. Es zeigte sich, dass Unternehmen nicht als isolierte Einheiten zu betrachten sind, sondern vielmehr in ihrem Zusammenspiel mit anderen Elementen eines nationalen Innovationssystems. Dazu gehören Branchenstrukturen, das System industrieller Beziehungen, die wissenschaftliche Infrastruktur, Schulen, Hochschulen, politische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie allgemein-kulturelle Überzeugungen eines Landes, kurzum: nationale Gesellschaft. Das Erkenntnisinteresse des interdisziplinären Forschungsfeldes „nationale Innovationssysteme“ ist jedoch nicht nur wissenschaftlich-analytischer, sondern auch praktisch-politischer Art. Die

einzelnen Elemente und ihr Zusammenspiel sollen Aufschlüsse über die jeweiligen Schwächen und Stärken geben und gezielte Verbesserungen ermöglichen. Das in Politik und Öffentlichkeit vertretene Ideal der eindeutigen Einschätzung und Bewertung von Innovationssystemen lässt sich durch mehr Forschung allerdings kaum erreichen. Im Gegenteil: Zu vielschichtig und unsicher ist der gesamtgesellschaftliche Rahmen von Innovationsprozessen, und vermeintliche Gesetzmäßigkeiten stellen sich als hochgradig kontextabhängig dar. Mit der Öffnung der „black box“ der Innovation wurden immer weitere „black boxes“ entdeckt. Von einer einheitlichen Theorie mit prädiktiver Kraft ist man heute weiter denn je entfernt, da die unbestreitbare Zunahme an Wissen um Innovationssysteme auch immer neue Dimensionen des Nicht-Wissens eröffnet. Im Ergebnis verflüchtigt sich das Konstrukt eines nationalen Innovationssystems. An seine Stelle tritt eine Vielzahl von Variablen und Unterscheidungen, die eine eindeutige Einschätzung und Bewertung des Gesamtsystems unmöglich machen (vgl. Edquist 2003).

Doch nicht nur die Vielzahl kontextueller Faktoren widerspricht dem Mythos klar identifizierbarer Stärken und Schwächen und hieraus abzuleitender Handlungsempfehlungen. Die Einschätzung nationaler Innovationssysteme ist im Zeitverlauf variabel. Was gestern als Stärke galt, kann heute eine Schwäche sein – und umgekehrt. Man denke hier an Japan und die USA. Mitte der 1980er Jahre schaute alle Welt nach Japan, um vom japanischen Innovationsmodell zu lernen. "Japan wandelt sich zum Labor der Welt" (Seitz 1994: 118), stellte etwa Konrad Seitz ehrfürchtig fest. Das primär auf die Förderung von angewandter Forschung und Entwicklung in Unternehmen abzielende japanische System galt als Vorbild für andere Innovationssysteme. Vor allem die Rolle des MITI, des japanischen Außenhandelsministeriums, das eine sehr aktive Industriepolitik betrieb, wurde seinerzeit geradezu mythisch überhöht.⁴ Man sah in ihm den Eckpfeiler des rationalen staatlichen und wirtschaftlichen Innovationsmanagements. Diese Einschätzung hat sich seit der anhaltenden Strukturkrise der japanischen Volkswirtschaft drastisch geändert. Nun steht das einst gefeierte „Modell Japan“ und die damit verbundene In-

⁴ Im wissenschaftlichen Diskurs wurde die Rolle des MITI besonders von Chalmers Johnson (1982) als wichtigster Faktor des japanischen Erfolges interpretiert. Johnson bezweifelte allerdings explizit, dass es sinnvoll sei, das japanische Vorbild in den USA zu kopieren.

dustriepolitik im Verdacht, notwendige Strukturreformen durch staatlich-dirigistische Maßnahmen verzögert zu haben. Zudem wird die Gleichsetzung von Innovationspolitik mit Industriepolitik kritisiert, da die Grundlagenforschung und die Universitäten in diesem Modell nur von untergeordnetem Interesse waren.⁵

Parallel zur Ernüchterung über das „japanische Modell“ steigt die Wertschätzung des nationalen Innovationssystems der USA. In den 1980er Jahren galten die Vielschichtigkeit der amerikanischen Forschungslandschaft, in der nationale Institute und Universitäten eine zentrale Rolle spielen, und die traditionell starke Rolle der Grundlagenforschung als großes Problem, für welches das vermeintlich geradlinigere und unmittelbar auf die industrielle Umsetzung konzentrierte japanische Modell die Lösung zu verheißen schien. Mit der Entdeckung von Forschungsuniversitäten durch Politik und Innovationsforschung veränderten sich die Vorzeichen. Mehr denn je gelten Universitäten als Innovations- und Wachstumsmotor für nationale Volkswirtschaften, und der direkte Transfer von Wissen und Technologien von Universitäten in die Wirtschaft stellt inzwischen einen zentralen Fokus gegenwärtiger Innovationspolitik dar. Lizenzvereinbarungen zwischen Universitäten und Unternehmen, Patentanmeldungen und Firmengründungen durch Universitätsangehörige sowie die Gründung industrienaher An-Institute liegen nicht nur bei Hochschulpolitikerinnen und -politikern hoch im Kurs. Auch für die Hochschulen selbst sind sie gern gesehene Beweise ihrer Bedeutung in post-humboldtschen Zeiten. Diese Einschätzung wird zudem von der Innovationsforschung geteilt. Dennoch ist Skepsis angebracht, was die mythische Überhöhung von Forschungsuniversitäten im gegenwärtigen Diskurs betrifft. Dass derartige Überhöhungen fehl am Platze sind, zeigt die wechselvolle jüngere Geschichte der Einschätzung und Bewertung nationaler Innovationssysteme, die kein zeitlich stabiles Urteil erlaubt. Doch mit der im Zeitverlauf variablen Bewertung noch nicht genug. Die im Diskurs generell positive Bewertung von Innovationen, die in der Gleichsetzung von Innovation und Verbesserung zum Ausdruck kommt, stellt gerade im Hinblick auf Universitäten einen kritisch zu hinterfragenden Mythos dar.

⁵ Gerade an diesem Aspekt entzündete sich in der deutschen wissenschaftspolitischen Diskussion Anfang der neunziger Jahre die Kritik am japanischen Modell (z.B. Frühwald 1993: 3).

3. Innovation und Organisationsreform

Ein ebenso hartnäckiger wie unhinterfragter Mythos der gegenwärtigen Diskussion besteht darin, dass Innovationen gegenüber dem Herkömmlichen besser sind. Die gesellschaftshistorisch erst mit der neuzeitlichen Wissenschaft entstehende Präferenz des Neuen gegenüber dem Alten gilt mittlerweile für sämtliche Bereiche der Gesellschaft, von der Wirtschaft über die Massenmedien bis hin zur Politik. Die diskursive Gleichsetzung von Innovation und Verbesserung ist im Hinblick auf unser Thema jedoch alles andere als unproblematisch. Oftmals erweist sich erst viele Jahre nach der Einführung einer Neuerung, dass deren Vorteile gar nicht so selbstverständlich sind und sich mitunter kaum nachweisen lassen. Ein Beispiel hierfür ist die in den 1970er Jahren begonnene Errichtung von Technologietransferstellen an deutschen Universitäten, die als notwendige organisatorische Innovation zur Forcierung technologischer Innovationen galten. So erwartete die schon zitierte Kommission für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel von einer weiterentwickelten Förderung der seinerzeit schon in Ansätzen existierenden Transferinstitutionen einen entscheidenden "Beitrag zur Modernisierung der Volkswirtschaft und zur Bewältigung künftiger struktureller Anpassungsprozesse" (Kommission 1977: 287).

Lange galten Transferstellen als organisatorischer Ausweis einer verstärkten Zusammenarbeit von Universitäten und Wirtschaftsunternehmen. Erst im Laufe der Zeit sind die optimistischen Einschätzungen der siebziger und frühen achtziger Jahre nüchterneren Beurteilungen gewichen. Der Wissenschaftsrat z.B. will Transferstellen "vor dem Hintergrund des erheblichen Aufwandes für solche Transferinstrumente kritisch überprüft" wissen (Wissenschaftsrat 1996: 72). Einer (versuchten) Evaluation der nordrhein-westfälischen Transferstellen durch die Unternehmensberatung Elle + Partner (1998) gelang es nicht, valide Indikatoren für die Effekte von Transferstellen zu entwickeln. Zudem ergaben eigene Untersuchungen, dass Transferstellen keine Anstrengungen unternahmen und auch überhaupt kein Interesse daran fanden, über das Anekdotische hinaus die konkreten Konsequenzen ihres Tuns nachzuhalten (Meier 2001).

Allerdings ist es offensichtlich so, dass über Transferstellen vermittelte Kontakte gegenüber den traditionellen Mustern des Transfers zwischen Universitäten und Wirtschaftsunternehmen stets marginal geblieben sind (Krücken 2003; Reinhard/Schmalholz 1996; Kluge/Oehler 1986). Diese

Muster, die zum Teil bis in das 19. Jahrhundert zurückreichen, sind trotz der wechselvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts von einer hohen Kontinuität gekennzeichnet. Transferbeziehungen sind traditionell stark informell und personalisiert. Hierüber lassen sich Unsicherheiten reduzieren und das notwendige Maß an Vertrauen zwischen Partnern aus unterschiedlichen Sektoren aufbauen. Vor allem im Bereich der Ingenieurwissenschaften zeigt sich die Stärke der traditionellen Organisation des Transfers, der gerade nicht in den Bahnen organisatorischer Innovationen verläuft. Indem Universitäten Studierende ausbilden, die nach dem Studium in Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Unternehmen arbeiten und von dort aus den Kontakt zum ehemaligen Lehrstuhl aufrecht erhalten, findet ein effektiver Transfer „über Köpfe“ statt. Gegenüber dieser historisch gewachsenen Struktur kann die Organisation des Transfers über Transferstellen nur eine randständige Rolle spielen.

Dass das Neue es gegenüber dem Herkömmlichen schwer hat, ist in der Organisationsforschung schon seit längerem bekannt und kein Ausdruck einer spezifischen Unvernunft und Lethargie von Hochschullehrern und anderen Universitätsmitgliedern. So spricht der Organisationssoziologe Arthur L. Stinchcombe bereits 1965 von der „Hypothek des Neuen“, die darin besteht, dass neue Organisationen sich gegenüber alten bewähren müssen und hieran zumeist scheitern. Die weit überproportional hohe "Sterberate" von Organisationen in den ersten Jahren nach ihrer Gründung belegt diese These. An diese empirisch mittlerweile umfangreich bestätigte Annahme schließt der amerikanische Organisationsforscher James G. March an, der nach über 40 Jahren intensiver Beschäftigung mit organisatorischem Lernen zu dem Ergebnis kommt, dass der „sprichwörtliche Widerstand gegenüber Wandel in Organisationen (...) nicht das Ergebnis irrationaler menschlicher Starrheiten oder organisatorischer Widerstände ist, sondern dadurch zustande kommt, dass neue Ideen und Praktiken im Vergleich mit den herkömmlichen zumeist unterlegen sind, vor allem kurzfristig“ (March 1999: 9). Die organisationssoziologische Populationsökologie, die ohnehin Zweifel an der Neuerungsfähigkeit einzelner Organisationen hegt, betont die evolutionären Vorteile von Organisationen, die für ihre Umwelt berechenbar, also einmal mit bestimmten Merkmalen gegründet und im Weiteren gerade nicht innovativ sind (Hannan/Freeman 1984). Auch die oben skizzierten Erfahrungen mit dem Technologietransfer, in dem die traditionellen, gewachsenen Beziehungen dominieren, sprechen eher dafür, dass gerade in diesem auf Vertrau-

en angewiesenen Kontext die Berechenbarkeit vermeintlich träger Strukturen eher Vorteile verspricht als organisatorische Innovativität.

Allgemein gesprochen bedeutet die Gleichsetzung von Trägheit und Irrationalität jedenfalls eine perspektivische Verengung, die, so unsere Vermutung, nicht nur beim Technologietransfer zu falschen Einschätzungen führt. So kann man sich etwa fragen, ob es der langfristigen Wissenschaftsentwicklung dienlich ist, wenn das Bundesforschungsministerium seine Forschungsförderung tatsächlich ständigen Innovationen aussetzt, wie es neuerdings behauptet, und damit auf Berechenbarkeit verzichtet: "Die Fachprogramme des BMBF haben sich in den letzten Jahren immer mehr zu dynamischen, zu 'lernenden' Programmen entwickelt, um schneller auf immer kürzer werdende Innovationszyklen reagieren zu können" (BMBF 2004c: VIII).

An das zuvor behandelte Beispiel der flächendeckenden Einführung von Transferstellen lassen sich weitere Überlegungen zum Thema „Universitäten und Innovation“ anschließen. Zum Beispiel hatten wir eingangs gezeigt, dass die enge Verbindung, die im Diskurs zwischen Universitäten und Innovation hergestellt wird, in bestimmten Hinsichten nahe liegend ist. In anderen Hinsichten jedoch ist sie einigermaßen verblüffend. Sind es nicht gerade die Hochschulen, denen regelmäßig strukturelles Beharrungsvermögen sowie Lern- und Reformunfähigkeit vorgeworfen wird? Können ausgerechnet diese – vermeintlichen – Horte organisatorischer Trägheit als zentrale Orte gesellschaftlicher Innovationserzeugung dienen?

Neben der externen Detailregulierung durch den Staat sind es insbesondere die internen Entscheidungsstrukturen, die als Ursache für die Selbstblockade der Universitäten gelten (Schimank 2001). Auch deshalb setzt der gegenwärtige Reformdiskurs an diesen Strukturen an, mit dem Ziel, die "blockierte Hochschule" (Daxner 1999) in eine "entfesselte Hochschule" (Müller-Böling 2000) zu transformieren, oder anders gesagt: um durch eine grundlegende Innovation die generelle organisatorische Innovativität der Universität zu erhöhen.

Allerdings sollte die Innovativität der traditionellen Universität nicht unterschätzt werden: Auch sie hat kontinuierliche Neuerungen hervorgebracht. So sind etwa fortlaufend durch einfache Differenzierung oder durch Rekombination neuartige Lehrstühle, Fachbereiche und Studiengänge geschaffen worden. Das sind im Übrigen gute Beispiele dafür, dass Innovationen auch kontinuierlich und kaum bemerkt ohne radikale Neu-

gestaltung der fundamentalen Strukturen entstehen können. Auch die hier schon zu Illustrationszwecken herangezogenen Transferstellen belegen, dass es Universitäten immer wieder gelingt, mit organisatorischen Neuerungen auf gesellschaftliche Anforderungen zu reagieren.

Dabei sollte jedoch der „Eigensinn“ von Universitäten nicht unterschätzt werden. Als komplexe und sich selbst steuernde Systeme passen sie externe Erwartungen an interne Strukturen an, nicht umgekehrt. Dies geschieht, indem sie nach außen hin sichtbare Formalstrukturen etablieren, um sich zugleich der Legitimität und Ressourcen ihrer Umwelt zu versichern und organisatorische Innovations- und Wandelserwartungen abzuwehren. Formalstrukturen sind nur lose mit dem tatsächlichen Organisationshandeln verknüpft. So sind Transferstellen als Formalstrukturen zwar das sichtbare Symbol der neuen, transfer- und innovationsorientierten Universität. Bei näherer Betrachtung können sie aber – wie bereits erwähnt – weder die traditionellen Transfermuster verdrängen, noch den Universitäten als Gesamtorganisationen ein transferorientierteres Profil geben. Die Entkopplung von Formalstrukturen und tatsächlichem Organisationshandeln scheint unseres Erachtens ein grundlegendes Reaktionsmuster auf von außen kommende Veränderungserwartungen zu sein. Dies schwächt Versuche von Seiten der Hochschulpolitik, die entscheidenden „Stellschrauben“, wie es im Ministerialjargon gerne heißt, mit Hilfe rechtlicher Vorgaben und finanzieller Anreize neu zu justieren. Unsere hierauf aufbauende Vermutung lautet, dass gerade die gegenwärtige hochschulpolitische Phase, in der Innovationserwartungen in bislang kaum gekanntem Ausmaß von außen an Universitäten adressiert werden, derartige Entkopplungen hervorruft. Entstehen Innovationen hingegen kontinuierlich und in einem universitätsinternen „bottom up“-Prozess, so werden sie eher die Chance haben, die „Hypothek des Neuen“ sukzessiv zu tilgen und nachhaltig wirksam zu werden.

4. Fazit

Wie wir zu zeigen versucht haben, produziert der gesellschaftliche Innovationsdiskurs Mythen, denen als unhinterfragbaren Erzählungen konsensual Sinn zugeschrieben wird. Die drei von uns unterschiedenen Mythen sind auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen angesiedelt. Sie reichen von der allgemeinen Vorstellung, mit Innovationen die gesellschaftliche Entwicklung planend gestalten zu können, über die Identifizierung nach-

ahmenswerter nationaler Innovationssysteme bis hin zur konkreten Universitätsorganisation, für die neue Lösungen als bessere Lösungen verstanden werden. Indem man den gegenwärtigen Innovationsdiskurs nicht als Episode, sondern als Teil eines bereits in den 1970er Jahren einsetzenden Diskurses betrachtet, wird augenfällig, dass zahlreiche der vermeintlichen Neuerungen ihre diskursiven Vorläufer haben und dass die Orientierung an Vorbildern und die Präferenz für neue Lösungen retrospektiv sehr kritisch zu bewerten sind.

Im Unterschied zum „Mythos Humboldt“ (Ash 1999), der an die Geschichte einer großen Institution erinnert, ist die Rolle von Universitäten im Innovationsdiskurs auf die Zukunft gerichtet. Diese Ausrichtung sichert Universitäten den Erhalt von Legitimation und Ressourcen aus einer gesellschaftlichen Umwelt, in denen Appelle an humboldtsche Bildungs- und Forschungsideale allein keine ausreichende Überzeugungskraft mehr haben. Dennoch sollte der wissenschaftliche Diskurs zum Thema „Innovation“ stärker als bislang Distanz zu massenmedialen und politischen Diskursen wahren. Ungewissheit und das Eingeständnis von Nicht-Wissen sind ein wesentlicher Bestandteil der wissenschaftlichen Kommunikation. Gerade bei einem so normativ aufgeladenen und komplexen Thema sollte dies nicht vergessen werden, auch wenn man sich in einem übergreifenden gesellschaftlichen Diskursfeld bewegt, in dem vor allem eindeutige Lösungen und Patentrezepte gefragt sind.

Literatur

- Ash, Mitchell G. (Hg.) 1999: Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten. Wien et al.: Böhlau.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2002: Bildung, Forschung, Innovation – Der Zukunft Gestalt geben. Bildungs- und Forschungspolitische Schwerpunkte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in der 15. Legislaturperiode. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2004a: Deutschland. Das von morgen. Erfolgreich durch Innovation. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2004b: Heute schon das Morgen denken. Beiträge zur Innovationsdebatte. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2004c: Bundesbericht Forschung 2004. Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA)/Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2004: Innovationen und Zukunftstechnologien im Mittelstand. High-Tech Masterplan. Berlin.

- Cohen, Michael/March, James G. 1974: *Leadership and Ambiguity. The American College President*. New York: McGraw-Hill (2. Aufl. 1986, Boston: Harvard Business School Press).
- Daxner, Michael 1999: *Die blockierte Universität. Warum die Wissensgesellschaft eine andere Hochschule braucht*. Frankfurt a.M. et al.: Campus.
- Edquist, Charles 2003: *Systems of Innovation – Perspectives and Challenges*. TEARI working paper no. 7. Centre for Technology, Innovation and Culture (TIK), University of Oslo.
- Elle, Hans-Dieter/Huckestein, Burkhard/Masanek, Ivo/Roentgen, Frederik/Glissmann, Petra 1998: *Hochschultransferstellen in Nordrhein-Westfalen. Entwicklung, Leistungen, Perspektiven. Studie zur Evaluierung im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen*.
- Frühwald, Wolfgang 1993: *Grundlagenforschung – Investition in die Zukunft*. In: *Forschung – Mitteilungen der DFG*, 1993, 3, 23.
- Hannan, Michael T./Freeman, John 1984: *Structural Inertia and Organizational Change*. In: *American Sociological Review* 49, 149-164.
- Hauff, Volker/Scharpf, Fritz W. 1975: *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*. Frankfurt a.M. et al.: Europ. Verl.-Anst.
- Johnsson, Chalmers 1982: *MITI and the Japanese Miracle. The Growth of Industrial Policy, 1925-1975*. Stanford: Stanford University Press.
- Kluge, Norbert/Oehler, Christoph 1986: *Hochschulen und Forschungstransfer. Werkstattberichte 17*. Kassel: Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung der Gesamthochschule Kassel.
- Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 1977: *Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten der Kommission*. Göttingen: Schwartz.
- Kommission zur Strukturreform der Hamburger Hochschulen 2003: *Strukturformen für Hamburgs Hochschulen. Entwicklungsperspektiven 2003-2012. Empfehlungen der Strukturkommission an den Senator für Wissenschaft und Forschung*. Hamburg.
- Krücken, Georg 2003: *Learning the ‚New, New Thing‘: On the Role of Path Dependency in University Structures*. In: *Higher Education* 46, 315-339.
- March, James G. 1999: *The Pursuit of Organizational Intelligence*. Oxford: Blackwell.
- Meier, Frank 2001: *Im politischen Netz. Zur Organisationssoziologie universitärer Transferstellen*. Bielefeld: unveröffentlichte Diplomarbeit.
- Müller-Böling, Detlef 2000: *Die entfesselte Hochschule*. Gütersloh: Verl. Bertelsmann-Stiftung.
- Reinhard, Michael/Schmalholz, Heinz 1996: *Technologietransfer in Deutschland: Stand und Reformbedarf*. Berlin/München: Duncker & Humblot.
- Schimank, Uwe 2001: *Festgefahrene Gemischtwarenläden – Die deutschen Hochschulen als erfolgreich scheiternde Organisationen*. In: Stölting, Erhard/Schimank, Uwe (Hg.), *Die Krise der Universitäten*. Leviathan Sonderheft 20/2001. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 223-242.
- Seitz, Konrad 1994: *Die japanisch-amerikanische Herausforderung. Deutschlands Hochtechnologie-Industrien kämpfen ums Überleben*. Bonn: Aktuell.

- Slaughter, Sheila/Leslie, Larry L. 1997: *Academic Capitalism. Politics, Policies, and the Entrepreneurial University*. Baltimore et al.: Johns Hopkins University Press.
- Slaughter, Sheila/Rhoades, Gary 2004: *Academic Capitalism and the New Economy*. Baltimore et al.: Johns Hopkins University Press.
- Stinchcombe, Arthur L. 1965: *Social Structure and Organizations*. In March, James G. (Hg.), *Handbook of Organizations*. Chicago: Rand Mc-Nally, 142-193.
- Weick, Karl E. 1976: *Educational Organizations as Loosely Coupled Systems*. In: *Administrative Science Quarterly* 21, 1-19.
- Wissenschaftsrat 1996: *Thesen zur Forschung in den Hochschulen*. Magdeburg, Drs. 2765/96.